

13.1.1983
202

Ausführungen des Vorsitzenden des Ministerrates
zum TOP 1 der Sitzung des Ministerrates am
13. Januar 1983

Das umfassende Material einschließlich der stenografischen Niederschrift liegen Euch vor. Das Material ist streng vertraulich.

Ich bitte um Verständnis, daß wir sofort die notwendigen Festlegungen nach der Beratung im Politbüro treffen müssen.

- Der Ministerrat hat bereits der "Gemeinsamen Stellungnahme des Politbüros des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR zu den Ergebnissen der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 4. und 5. Januar 1983 in Prag" seine Zustimmung gegeben. In der Tat war die Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses ein Ereignis von großer internationaler Bedeutung. Die einmütig beschlossene Politische Deklaration analysierte die gegenwärtige komplizierte internationale Lage und legte die Aufgaben unseres Bündnisses im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr, für die Sicherung des Friedens, für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung und internationale Zusammenarbeit fest.

Angesichts der von den aggressivsten Kreisen des Imperialismus heraufbeschworenen Bedrohung des Weltfriedens bieten die Staaten des realen Sozialismus damit den Völkern und Regierungen aller Länder, allen am Frieden interessierten und realistisch denkenden Kräften die Friedensalternative zur nuklearen Katastrophe.

Diese Vorschläge und die vergangenen Tage haben das vielfach bestätigt sind vernünftig, realistisch und von Vorteil für alle, denen die Erhaltung des Friedens am Herzen liegt.

- Das Kernstück der Politischen Deklaration bildet der Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an die Mitgliedsstaaten der NATO, einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen.

Diese weltpolitisch, weitreichende Initiative kann in ihrer Bedeutung nicht hoch genug gewertet werden, ist sie doch geeignet, die internationale Auseinandersetzung um Krieg und Frieden in den 80er Jahren maßgeblich im Sinne der konstruktiven Friedenspolitik der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu beeinflussen und der internationalen Friedensbewegung neue Impulse zu geben.

Diese Initiative, aber auch die anderen von der Prager Tagung ausgehenden Vorschläge sind darauf gerichtet, der sozialistischen Friedenspolitik neue Offensivkraft zu verleihen, die negative Entwicklung der internationalen Lage aufzuhalten sowie durch eine breitestmögliche Aktivierung aller Friedenskräfte und Kriegsgegner den Konfrontations- und Hochrüstungskurs des Imperialismus zu durchkreuzen.

Dabei steht im Mittelpunkt, alles zu tun, um die Stationierung moderner nuklearer Mittelstreckenraketen der USA in Westeuropa zu verhindern oder zumindest zu verzögern und die USA zu zwingen, ernsthaft zu verhandeln.

- Die anhaltende weltweite Reaktion insbesondere auf die neue Vertragsinitiative der Organisation des Warschauer Vertrages zeigt deutlich, daß die NATO-Staaten diese nicht ablehnen können. Sie sind gezwungen, sich mit der Initiative auseinanderzusetzen und anzuerkennen, daß die Staaten des Warschauer Vertrages entschlossen sind, den Kurs der Entspannung weiterzuführen. Natürlich weichen die NATO-Staaten einer konkreten Stellungnahme aus, um Zeit zu gewinnen und durch Verschleppungstaktik die Wirkung der Initiative der Prager Tagung einzudämmen oder zu mindern.

Die Stellungnahmen unseres Politbüros, des Politbüros der KPdSU und anderer Bruderparteien sowie Kommentare und andere Veröffentlichungen der Bruderstaaten sind darauf gerichtet, den in Gang gekommenen Differenzierungsprozeß zwischen den NATO-Staaten zu vertiefen und die Wirkung auf die Friedensbewegung und die Kriegsgegner in den imperialistischen Ländern zu verstärken."

- Genosse Andropow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, hat in seiner Rede, die die Tagung einleitete, die herangereiften Probleme und Aufgaben, die dem Warschauer Vertrag in der gegenwärtigen zugespitzten Situation erwachsen, klar umrissen und für die zukünftige Arbeit die erwarteten notwendigen neuen Impulse gegeben. Die in der Rede enthaltenen Vorschläge wurden auch in der Festsitzung am 21. 12. 1982 in Moskau gemacht. Diese Vorschläge fanden ein großes vielfältiges Echo in der Welt.

Die Rede des Genossen Honecker wurde von den Teilnehmern der Tagung vor allem wegen der tiefgründigen Einschätzung der internationalen Lage und der Ausführungen zur Lage in der BRD, zu den Beziehungen der BRD und der unterbreiteten Vorschläge für die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten und deren koordiniertes Zusammenwirken gewürdigt.

Zustimmung fanden auch die konkreten Vorschläge der DDR zur Koordinierung der Beziehungen gegenüber den Entwicklungsländern.

Die sowjetischen Genossen vermerkten mit Genugtuung die völlige Übereinstimmung der Einschätzungen der internationalen Lage und der sich daraus ergebenden Aufgaben, wie sie in der Rede des Genossen Andropow und Genossen Erich Honecker zum Ausdruck kamen.

- Einen weiteren wichtigen Faktor möchte ich besonders hervorheben: Das Auftreten aller Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages (mit Ausnahme der SRR) war von dem Bestreben gekennzeichnet, die allseitige Zusammenarbeit der sozialistischen Bruderländer, die Vereinigung aller ihrer Kräfte zur Sicherung der günstigsten äußeren Bedingungen für den sozialistischen und kommunistischen Aufbau unter den heutigen Bedingungen zu festigen und zu vervollkommen sowie die von den sozialistischen Staaten stehenden Probleme gemeinsam zu lösen. Das gilt besonders für die politische Zusammenarbeit, die außenpolitische Koordinierung.

Die Vorschläge des Genossen Erich Honecker, den politischen Mechanismus des Warschauer Vertrages effektiver und operativer zu handhaben und die Möglichkeiten kollektiver Beratungen zur Ausarbeitung der außenpolitischen Grundlinie wirksamer auszuschöpfen, stimmten voll und ganz mit denen des Genossen Andropow überein.

Soweit einige Bemerkungen dazu.

Ich erteile jetzt Genossen Oskar Fischer das Wort.